

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung	1
1. Auflösung des Landesschulamtes beschlossen und in Kraft	1
2. Änderungen in der Wahlordnung zum HPVG geplant	1
II. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen	2
1. Tarifeinigungen im Bereich der TdL und in Hessen	2
2. Entgeltordnung zum TV-H veröffentlicht	13
IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten	14
V. Aktuelles auf Rehmnetz	14
1. Beamtenrecht	14
2. Gleichstellungsrecht	14
3. Tarifrecht	14
4. Blog zum Beamtenrecht	14
5. Archiv des HBR-Newsletters	14

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

1. Auflösung des Landesschulamtes beschlossen und in Kraft

In 3. Lesung hat der Hessische Landtag am 24.3. das Gesetz „zur Neustrukturierung der hessischen Bildungsverwaltung“ beschlossen. Zentraler Inhalt war die Auflösung des erst zum 1.1.2013 gebildeten Landesschulamtes und die gleichzeitige Wiedererrichtung von 15 Staatlichen Schulämtern. Im Rahmen dieses Artikelgesetzes wurden auch Folgeänderungen, z. B. im Bereich des HBesG, des HPVG und des HGIG, vorgenommen. Mit der Auflösung des Landesschulamtes endete auch die Existenz des dort gebildeten Gesamtpersonalrats. Das Gesetz ist am 1.4.2015 in Kraft getreten.

Gesetz zur Neustrukturierung der hessischen Bildungsverwaltung v. 24.3.2015, GVBl. 2015, S. 118 ff.

2. Änderung der Wahlordnung zum HPVG (WO-HPVG) geplant

Noch vor den im Mai 2016 anstehenden regelmäßigen Personalratswahlen plant das Hessische Innenministerium eine Änderung der WO-HPVG. Die zentralen Inhalte sind:

- a) Durchgehender Wegfall des Begriffes der „wahlberechtigten Beschäftigten“. Dieser soll ersetzt werden durch den Begriff der „Wahlberechtigten“ (Änderung der §§ 1, 2, 6, 7, 8, 16a, 17, 33, 36 und 43 WO),
- b) die elektronische Kommunikation soll erleichtert werden. Immer dann, wenn bei Mitteilungen und Handlungen des Wahlvorstandes die schriftliche Form **nicht** vorgeschrieben ist, kann dies dann auch elektronisch (Fax, Mail) erfolgen,
- c) soweit es bei der Schriftform bleibt, wird eine parallele, elektronische Zustellung/Kommunikation möglich, setzt aber nicht wirksam ggf. Fristen in Gang (§ 48 Abs. 2, 3 (neu) WO),
- d) die Übersendung von Wahlergebnissen muss nicht per „eingeschriebenem“ Brief erfolgen (§§ 40, 43 WO),
- e) die bislang bis zum 31.12.2015 befristete Wahlordnung wird entfristet, § 52 WO wird zu diesem Zweck aufgehoben. Künftig gilt die WO unbefristet,
- f) die §§ 49, 50 WO werden aufgehoben, der bisherige § 51 WO wird neu § 49 WO.

Den Änderungsentwurf hat das Innenministerium mit Schreiben v. 31.3.2015 versandt, Zeit zur Stellungnahme ist bis zum 3.6.2015. Die Änderungen sollen Teil einer „12. Verordnung zur Verlängerung

der Geltungsdauer und Änderung befristeter Rechtsvorschriften“ (einer „Sammelverordnung“) werden, mit der noch andere Regelungen geändert werden. Unklar ist derzeit noch, wann mit einer Veröffentlichung der Änderungen im GVBl. zu rechnen ist, und vor allem, wann die Änderungen der WO in Kraft treten sollen. Schon das Datum mit der Frist zur Stellungnahme (3.6.2015) legt die Vermutung nahe, dass mit einer Veröffentlichung nicht vor Juli/August 2015 zu rechnen ist. Bleibt zu hoffen, dass mit Blick auf die bereits Ende 2015 beginnenden Vorarbeiten für die Wahlen im Mai 2016 die Veröffentlichung so rechtzeitig erfolgt, dass die Wahlvorstände Zeit haben, sich darauf einzustellen.

II. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

1. Tarifeinigung im Bereich der TdL und in Hessen

In der 4. Verhandlungsrunde am 28.3. haben sich die Tarifvertragsparteien im Rahmen der Tarifrunde 2015 für den Bereich des TV-L auf einen Abschluss verständigt. Ferner haben sich die Tarifvertragsparteien in Hessen am 15.4. auf einen Tarifabschluss im Rahmen der Tarifrunde 2015 verständigt. Beide „Einigungspapiere“ sind recht umfangreich. Auch um eine Vergleichsmöglichkeit herzustellen, stellen wir beide Abschlüsse in einer synoptischen Darstellung dar. Auf einen Abdruck der jeweiligen Anlagen wird hier aus Platzgründen verzichtet.



Produktipp

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

v. Roetteken / Rothländer

Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht



Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9511-7
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der ausführliche Kommentar zum HPVG ist mit vielfältigen Hinweisen zu Literatur und Rechtsprechung versehen und lässt die Bezüge zum BPersVG sowie zum BetrVG ebenso deutlich erkennen wie die Besonderheiten des hessischen Rechts. Umfangreich sind vor allem die Grundlagen des Personalvertretungsrechts im Dienst-, Arbeits- und Verfassungsrecht herausgearbeitet.

v. Roetteken / Rothländer

Teil IV: Beamtenrecht

Die umfassende Neukommentierung!

Beamten-, Disziplinar- und Richterrecht



Loseblattwerk in 8 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9811-8
€ 289,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar zum HBG stellt neben der Gesetzgebungsgeschichte stets auch den Bezug zum Verfassungs- und Arbeitsrecht dar. Gleichzeitig enthalten die Erläuterungen umfangreiche Nachweise zu Rechtsprechung und Literatur. Außerdem werden auch neue alternative Lösungsansätze vorgestellt, um die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums in einer zeitgemäßen Weise zu modernisieren.

Tarifeinigungen 2015 im Bereich der TdL bzw. des Landes Hessen

Gegenstand	TdL	Land Hessen	Anmerkungen
Entgelt	a) ab 1.3.2015: 2,1 % b) ab 1.3.2016: um weitere 2,3 %, mindestens jedoch 75,00 €	a) ab 1.3.2015: 2,0 % b) ab 1.4.2016: um weitere 2,4 %, mindestens aber um 80,00 € in den EG 1 bis 9	
Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten	a) ab 1.3.2015 Festbetrag von 30,00 €, b) ab 1.3.2016 weiterer Festbetrag von 30,00 €	a) ab 1.3.2015 Festbetrag von 30,00 €, b) ab 1.4.2016 weiterer Festbetrag von 30,00 €.	
Folgeänderungen bei den Entgeltbestandteilen	<p>Es erhöhen sich:</p> a) die Garantiebeträge in § 17 Abs. 4 Satz 2 TV-L, b) die Bereitschaftsdienstentgelte in der Anlage E zum TV-L, c) die Bemessungsgrundlage für die Lohnzuschläge nach § 1 Abs. 2 des TV über die Lohnzuschläge gem. § 29 MTL II (TVZ zum MTL) v. 9.10.1963, d) die Besitzstandszulagen nach §§ 9, 11 TVÜ-L, ab 1.3.2015 um 2,1 % und ab 1.3.2016 um weitere 2,45 %. <p>Der Erhöhungssatz nach Nr. 4 der Protokollerklärung zu § 21 Satz 2 und 3 TV-L beträgt für</p> a) vor dem 1.3.2015 zustehende Entgeltbestandteile 1,89 % und	<p>Es erhöhen sich:</p> a) die Garantiebeträge in § 17 Abs. 4 Satz 2 TV-H, b) die Bereitschaftsdienstentgelte in der Anlage D zum TV-H, c) die Bemessungsgrundlage für die Lohnzuschläge nach § 1 Abs. 2 des TV über die Lohnzuschläge gem. § 29 MTL II (TVZ zum MTL) v. 9.10.1963, d) die Besitzstandszulagen nach §§ 9, 11 TVÜ-H, ab 1.3.2015 um 2,0 % und ab 1.4.2016 um weitere 2,55 %. <p>Der Erhöhungssatz nach Nr. 4 der Protokollerklärung zu § 21 Satz 2 und 3 TV-H beträgt für</p> a) vor dem 1.3.2015 zustehende Entgeltbestandteile 1,8 % und	

Gegenstand	TdL	Land Hessen	Anmerkungen
	b) vor dem 1.3.2016 zustehende Entgeltbestandteile 2,21 %.	b) vor dem 1.4.2016 zustehende Entgeltbestandteile 2,3 %.	
Berlin	Im Land Berlin gelten die Nr. 1 bis 3 mit den Maßgaben des TV Wiederaufnahme Berlin.	./.	./.
Zusatzversorgung	Die Tarifvertragsparteien treffen die sich aus der Anlage 1 ergebende Vereinbarung.	Übernahme der Vereinbarung aus dem Bereich des TV-L mit Vereinbarung eines neuen Textes des § 25 TV-H.	
Sonstiges Tarifrecht	<p>1. <u>Geltungsbereich des TV-L für Beschäftigte an Theatern und Bühnen.</u></p> <p>Der Geltungsbereich des TV-L für Beschäftigte an Theatern und Bühnen wird entsprechend Anlage 2 angepasst.</p>	<p>1. <u>Geltungsbereich des TV-H für Beschäftigte an staatlichen Theatern.</u></p> <p>Übernahme der Vereinbarung aus dem Bereich des TV-L unter Vereinbarung eines konkreten Textes (Anlage 1).</p>	Anlage 2 (TV-L) bzw. Anlage 1 (TV-H) hier nicht beigelegt. Im Kern geht es um die Klarstellung des unter den TV-L fallenden Personenkreises.
	<p>2. <u>Befristete Arbeitsverhältnisse</u></p> <p>Sobald die Ergebnisse der Untersuchung von Bund und Gewerkschaften zu den befristeten Beschäftigungsverhältnissen im öffentlichen Dienst vorliegen, werden die Tarifvertragsparteien diese bewerten, ihre Gespräche über die Befristungspraxis im Länderbereich fortsetzen und erkannten Handlungsbedarf ggf. auch vor den nächsten Entgeltverhandlungen umsetzen.</p>	<p>2. <u>Befristete Arbeitsverhältnisse</u></p> <p>Die Tarifvertragsparteien werden die Gespräche im Rahmen der Arbeitsgruppe zur Befristungspraxis des Landes Hessen im Schulbereich unter Beteiligung des Hess. Kultusministeriums fortsetzen. Dabei wird angestrebt, eine Zielvereinbarung außerhalb des TV-H für den Schulbereich mit den Regelungsgegenständen „Deckelung des Anteils der befristeten Arbeitsverhältnisse“ und „Entfristung der Arbeitsverhältnisse nach einer bestimm-</p>	

Gegenstand	TdL	Land Hessen	Anmerkungen
		<p>ten Anzahl von Jahren mit befristeter Beschäftigung“ möglichst bis Ende des Jahres 2015 zu erarbeiten.</p> <p>Im 4. Quartal des Jahres 2015 werden die Tarifvertragsparteien die Gespräche zur Befristungspraxis des Landes Hessen im Wissenschaftsbereich im Rahmen einer weiteren Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst fortsetzen.</p>	
	<p>3. <u>Erhöhung des Nachtarbeitszuschlags in Krankenhäusern</u></p> <p>§ 8 Abs. 1 i. d. F. von § 41 Nr. 5 Ziffer 1, § 8 Abs. 1 i. d. F. von § 42 Nr. 6 Ziff. Er und § 8 Abs. 1 i. d. F. von § 43 Nr. 5 Ziff. 1 werden wie folgt geändert:</p> <p>a) Satz 2 Buchst. b erhält folgende Fassung: „b) für Nachtarbeit 20 v. H.,“</p> <p>b) In Satz 2 werden die Worte „Buchst. a, b 2. Alternative und c bis e“ durch die Worte „Buchstaben a bis e“ ersetzt.</p> <p>Für Auszubildende beträgt der Nachtarbeitszuschlag mindestens 1,28 €.</p> <p>4. <u>Jahressonderzahlung im Tarifgebiet Ost</u></p>	<p>./.</p> <p>./.</p>	<p>Tabelle mit den Bemessungssätzen für die Jahressonder-</p>

Gegenstand	TdL	Land Hessen	Anmerkungen
	<p>5. <u>Zusatzurlaub für Beschäftigte in der Psychiatrie in Baden-Württemberg.</u></p> <p>Der in der Tarifeinigung v. 9.3.2013 vereinbarte Zusatzurlaub unterliegt ab dem Kalenderjahr 2015 nicht der Höchstgrenze des § 27 Abs. 4 TV-L.</p> <p>6. <u>Beschäftigungssicherung für Auszubildende</u></p> <p>§ 19 TVA-L BBiG und § 18a TVA-L Pflege werden ab dem 1.1.2015 wieder in Kraft gesetzt, sie treten mit Ablauf des 31.12.2016 außer Kraft.</p> <p>7. <u>Urlaubsanspruch für Auszubildende und Praktikanten</u></p> <p>Der Urlaubsanspruch für Auszubildende nach TVA-L BBiG und TVA-L Pflege sowie für ab dem 1.4.2015 neu eingestellte Praktikanten nach TV Prakt-L wird bei Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf fünf Tage in der Kalenderwoche einheitlich auf 28 Tage im Kalenderjahr festgelegt.</p>	<p>./.</p> <p>3. <u>Beschäftigungssicherung für Auszubildende</u></p> <p>§ 19 TVA-H BBiG und § 18a TVA-H Pflege werden ab dem 1.1.2015 wieder in Kraft gesetzt, sie treten mit Ablauf des 31.12.2016 außer Kraft.</p> <p>4. <u>Urlaubsanspruch für Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten</u></p> <p>Der Urlaubsanspruch für Auszubildende nach TVA-H BBiG und TVA-H Pflege sowie für ab dem 1.5.2015 neu eingestellte Praktikantinnen und Praktikanten nach TV Prakt-H wird bei Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf fünf Tage in der Kalenderwoche einheitlich auf 28 Tage im Kalenderjahr festgelegt.</p>	<p>zahlung im Tarifgebiet Ost hier nicht abgedruckt.</p>

Gegenstand	TdL	Land Hessen	Anmerkungen
	<p>8. <u>Fortentwicklung des Tarifrechts</u></p> <p>Die Fortentwicklung des Tarifrechts ist im Interesse von Arbeitgebern und Beschäftigten. Die Tarifvertragsparteien beabsichtigen, hierzu jährlich Gespräche zu führen.</p> <p>9. <u>Übergangsversorgung Feuerwehr und Justizvollzug</u></p> <p>Die Tarifvertragsparteien werden ihre Gespräche zur Übergangsversorgung für Beschäftigte im Justizvollzugsdienst der Länder sowie im feuerwehrtechnischen Dienst in Hamburg und Berlin zeitnah fortsetzen. Hierbei werden die Gewerkschaften eine Änderung der bestehenden Regelung anstreben, wonach bisherige einmalige Abfindungen in eine monatliche Zahlung bei Fortbestand des Arbeitsverhältnisses unter Freistellung von der Arbeit umgestaltet werden.</p>	<p>5. <u>Fortentwicklung des Tarifrechts</u></p> <p>Die Fortentwicklung des Tarifrechts ist im Interesse von Arbeitgeber und Beschäftigten. Die Tarifvertragsparteien beabsichtigen, hierzu jährlich Gespräche zu führen.</p> <p>6. <u>Übergangsversorgung Justizvollzug</u></p> <p>Die Tarifvertragsparteien werden die Tarifverhandlungen zur Verbesserung der Übergangszahlung für die Beschäftigten des Justizvollzuges, die im Aufsichts-, Werk- und Krankenpflegedienst tätig sind, auf der Grundlage des Modells nach Anlage 2 fortsetzen.</p> <p>7. <u>Eingruppierung Wachpolizei</u></p> <p>Die Tarifvertragsparteien einigen sich auf eine Tarifierung der Eingruppierungsmerkmale der Beschäftigten der Wachpolizei in Teil II Abschn. 18.2 (Beschäftigte der Wachpolizei) der Entgeltordnung zum TV-H mit Wirkung zum 1.6.2015. Es besteht Einvernehmen, dass die Grundeingrup-</p>	<p>Anlage 2 der Tarifeinigung Hessen hier nicht abgedruckt.</p> <p>Die Anlage 3 zur Tarifeinigung Land Hessen ist hier nicht abgedruckt.</p>

Gegenstand	TdL	Land Hessen	Anmerkungen
		<p>pierung der Beschäftigten der Wachpolizei zukünftig in die Entgeltgruppe 8 erfolgt. Darüber hinaus werden Heraushebungsmerkmale für die „kleine“ Entgeltgruppe 9 vereinbart.</p> <p>Für Beschäftigte der Wachpolizei, die bei Inkrafttreten von Teil II Abschnitt 18.2 (Beschäftigte der Wachpolizei) bereits in der „kleinen“ Entgeltgruppe 9 eingruppiert sind (Eingruppierung vom Arbeitgeber zuerkannt oder nachträglich gerichtlich festgestellt), wird eine umfassende Besitzstandsklausel tarifiert. Die Tarifvertragsparteien stimmen darin überein, dass durch die Tarifierung laufende oder beim Land Hessen geltend gemachte, aber noch nicht entschiedene Anträge auf Höhergruppierung durch diese Tarifierung nicht erledigt sind. Es gelten die Grundsätze des § 29 TVÜ-H. Wegen der Einzelheiten der Heraushebungsmerkmale werden die Tarifvertragsparteien auf der Grundlage der Anlage 3 umgehend Tarifverhandlungen aufnehmen.</p> <p>8. <u>Verbesserung im Bereich der Stufenlaufzeit für besondere Lebenssituationen (Krankheitstage Kinder, Pflegezeit, Elternzeit)</u></p> <p>§ 17 Abs. 3 Satz 1 und Satz 2 TV-H werden wie folgt neu gefasst:</p>	

Gegenstand	TdL	Land Hessen	Anmerkungen
		<p>(3) ¹ Den Zeiten einer ununterbrochenen Tätigkeit im Sinne des § 16 Absatz 3 Satz 1 stehen gleich:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Schutzfristen nach dem Mutterschutzgesetz, b) Zeiten einer Arbeitsunfähigkeit nach § 22 bis zu 39 Wochen, c) Zeiten eines bezahlten Urlaubs, d) Zeiten eines Sonderurlaubs, bei denen der Arbeitgeber vor dem Antritt schriftlich ein dienstliches beziehungsweise betriebliches Interesse anerkannt hat, e) Zeiten der vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit, f) Zeiten eines Freistellungsanspruchs nach § 45 SGB V, g) Zeiten der kurzfristigen Arbeitsverhinderung nach § 2 PflegeZG, h) Zeiten der vollständigen Freistellung nach § 3 PflegeZG, i) Zeiten der Inanspruchnahme der Elternzeit nach § 15 BEEG bis zu sechs Monate pro Kind, j) Zeiten einer sonstigen Unterbrechung von insgesamt weniger als einem Monat im Kalenderjahr. <p>² Zeiten der Unterbrechung bis zu einer Dauer von jeweils drei Jahren, die nicht von Satz 1 erfasst werden, und die über Satz 1 hinausge-</p>	

Gegenstand	TdL	Land Hessen	Anmerkungen
		<p>hende Elternzeit sowie Zeiten einer Unterbrechung bei Beschäftigten, die für eine jahreszeitlich begrenzte regelmäßig wiederkehrende Tätigkeit in einem Beschäftigungsverhältnis stehen (Saisonbeschäftigte), sind unschädlich; sie werden nicht auf die Stufenlaufzeit angerechnet.“</p> <p>9. <u>Freizeitausgleich bei ehrenamtlichem Engagement</u></p> <p>a) Nach § 29 TV-H wird folgender neuer § 29a TV-H eingefügt:</p> <p>„§ 29a TV-H Freizeitausgleich bei ehrenamtlichem Engagement</p> <p>¹Beschäftigte, die am 1. Januar eines Kalenderjahres im Arbeitsverhältnis stehen und zu diesem Zeitpunkt Inhaber einer von einem hessischen Landkreis oder einer hessischen Stadt ausgestellten Ehrenamts-Card (E-Card) oder einer Jugendleiter/innen-Card (Juleica) sind, erhalten in diesem Kalenderjahr einen Freizeitausgleich unter Fortzahlung des Entgelts (§ 21). ²Der Freizeitausgleich beträgt einen Arbeitstag. ³Freizeitausgleich, der nicht in diesem Kalenderjahr in Anspruch genommen worden ist, verfällt. ⁴Eine finanzielle Abgeltung des Anspruchs auf Freizeitausgleich ist</p>	

Gegenstand	TdL	Land Hessen	Anmerkungen
		<p>ausgeschlossen.</p> <p><u>Protokollerklärung zu § 29a:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Satz 1 gilt auch für Inhaber eines den Mindestvoraussetzungen der hessischen Ehrenamts-Card entsprechenden Nachweises über die Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeit. Mindestvoraussetzung für die Ausstellung der hessischen Ehrenamts-Card ist ein ehrenamtliches Engagement von wöchentlich 5 Stunden. 2. Das Entgelt nach Satz 1 wird zu dem in § 24 genannten Zeitpunkt gezahlt. 3. Die Anzahl der Wochentage, auf die sich die wöchentliche Arbeitszeit –abweichend von der Fünf-Tage-Woche – verteilt, führt nicht zu einer Erhöhung oder Verminderung des Anspruchs auf Freizeitausgleich.“ <p>b) Es sind in den TVA-H BBiG und den TVA-H Pflege entsprechende Regelungen aufzunehmen.</p> <p>c) Die Tarifvertragsparteien sind sich darüber einig, dass der Freizeitausgleich keinen Urlaub darstellt und deshalb insbesondere § 27 Absatz 4 TV-H keine Anwendung findet.</p>	

Gegenstand	TdL	Land Hessen	Anmerkungen
Maßregelungsklausel	Die Arbeitgebervertreter erklären, dass von Maßregelungen (Abmahnung, Entlassungen o. ä.) aus Anlass gewerkschaftlicher Warnstreiks, die bis einschl. 28.3.2015, 24.00 Uhr, durchgeführt wurden, abgesehen wird, wenn sich die Teilnahme an diesen Warnstreiks im Rahmen der Regelungen für rechtmäßige Arbeitskämpfe gehalten hat.	Die Arbeitgebervertreter erklären, dass von Maßregelungen (Abmahnung, Entlassungen o. ä.) aus Anlass gewerkschaftlicher Warnstreiks, die bis einschl. 15.4.2015, 24.00 Uhr, durchgeführt wurden, abgesehen wird, wenn sich die Teilnahme an diesen Warnstreiks im Rahmen der Regelungen für rechtmäßige Arbeitskämpfe gehalten hat. Bei Tarifbeschäftigten, die an den Warnstreiks teilgenommen haben, wird die Kürzung beim Entgelt anteilig für die Stunden der Streikteilnahme vorgenommen.	
Ausnahmen vom Geltungsbereich	Für Beschäftigte, die spätestens mit Ablauf des 28.3.2015 aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, gelten die vorstehenden Vereinbarungen nur, wenn sie dies bis zum 30.9.2015 schriftlich beantragen.	Für Beschäftigte, die spätestens mit Ablauf des 15.4.2015 aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, gelten die vorstehenden Vereinbarungen nur, wenn sie dies bis zum 31.10.2015 schriftlich beantragen.	
Inkrafttreten & Laufzeit	<ul style="list-style-type: none"> Die Regelung für den Bereich der Theater und Bühnen tritt am 1.6.2015 in Kraft, Mindestlaufzeit der Entgeltregelung bis zum 31.12.2016 (= 2 Jahre). 	<ul style="list-style-type: none"> Inkrafttreten: 1.1.2015 Die Regelungen für den Bereich der Theater und Bühnen sowie die Eingruppierungsregelungen für die Wachpolizei treten am 1.6.2015 in Kraft, die Neuregelung bezüglich der Stufenlaufzeit tritt am 1.1.2016 in Kraft, die Mindestlaufzeit für die Entgelterhöhungen geht bis zum 31.12.2016 (= 2 Jahre). 	
Erklärungsfrist	Bis zum 30.4.2015	Bis zum 22.5.2015	

2. Entgeltordnung zum TV-H im HBR III und im Staatsanzeiger veröffentlicht

Im Oktober 2014 hatten sich die hessischen Tarifvertragsparteien auf eine Entgeltordnung zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) verständigt. Redaktionsverhandlungen und Unterschriftsverfahren sind abgeschlossen und führten jetzt zur Veröffentlichung der maßgeblichen Texte im Staatsanzeiger für das Land Hessen (StAnz.).

Die maßgeblichen Änderungstarifverträge (ÄndTV)

Lfd. Nr.	ÄnderungsTV / Regelung	Datum	Fundstelle
01.	9. ÄnderungsTV zum TV-H	10.10.2014	StAnz. 2015, S. 318 f.
02.	Anlage A zum TV-H (Entgeltordnung)	10.10.2014	StAnz. 2015, S. 321 ff.
03.	7. ÄndTV zum TVÜ-H	10.10.2014	StAnz. 2015, S. 391 ff.

Im HBR sind die maßgeblichen Texte bereits im Rahmen der 295. Aktualisierung zum Teil II/III ausgeliefert worden (HBR III, Ordner 2, Nr. 5400).

Unabhängig davon sind beide Änderungen bzw. ist die Entgeltordnung rückwirkend zum 1.7.2014 in Kraft getreten. Mit der Veröffentlichung am 30.3.2015 enden auch die seitens des HMdI verfüigten Übergangsregelungen. Alle Eingruppierungsentscheidungen (Überleitung der zwischen dem 1.7.2014 und dem 31.10.2014 neu eingestellten Beschäftigten, Antragsrecht nach § 29 Abs. 3, 4 TVÜ-H,

Veränderung der Eingruppierung durch Änderung der auszuübenden Tätigkeit im Rahmen der Tarifautomatik nach § 12 TV-H sowie Eingruppierungen ab bzw. seit dem 1.11.2014) sollten zunächst alle zurückgestellt bzw. nach den Regelungen des § 17 TVÜ-H i. d. F. bis zum 30.6.2014 vorgenommen werden. D. h., es wurde auf die bis dahin fortgeltende BAT- bzw. MTArb-Systematik zurückgegriffen. Erst nach der Veröffentlichung der Regelungen im StAnz. sollten diese Fälle dann in der Sache bearbeitet und entschieden werden. Dies wird dann jetzt geschehen.



Produkttipps



PöS – Personalmanagement im öffentlichen Sektor

**Erfolgreiches Personalmanagement hat viele Facetten.
Bei PöS finden Sie alle!**

Modernes Personalmanagement bedeutet, mit der Ressource Personal so umzugehen, dass die Ziele der jeweiligen Behörde oder Kommunalverwaltung erreicht und dabei zugleich die Bedürfnisse der Beschäftigten angemessen berücksichtigt werden.

Mehr zum Thema und alle Produkte aus unserer PöS-Reihe finden Sie auf unserer Themenseite.

[\[>>> Direkt zur Themenseite\]](#)

Weiterführende Literaturhinweise:

- Christian Rothländer: Entgeltordnung zum TV-H vereinbart, ZTR 2015, S. 72 ff.
- Durchführungshinweise des HMdI zur Entgeltordnung v. 26.2.2015, StAnz. 2015, S. 394.

IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

April 2015:

296. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
143. Aktualisierung der Teilausgabe IV
Kommentierung zu §§ 27-32, 106 HBG 2014

297. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
80. Aktualisierung der Teilausgabe I
Kommentierung zu §§ 10, 12, 13, 15, 16
HPVG und 1-5 WO-HPVG

Mai 2015:

298. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
144. Aktualisierung der Teilausgabe IV
Kommentierung zu §§ 33-36 HBG 2014,
Vorschriften

Juni 2015:

299. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
Tarifrecht
Durchführungshinweise
Stichwortverzeichnisse

300. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
145. Aktualisierung der Teilausgabe IV
Kommentierung zu §§ 37-48 HBG 2014,
Stichwortverzeichnis Erg.Bd.

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

V. Aktuelles auf Rehmnetz

1. Beamtenrecht

Zum Download:

[Rechtsprechung zur Konkurrentenklage](#)

2. Gleichstellungsrecht

[Was ändert sich mit dem ElterngeldPlus?](#)

3. Arbeits- und Tarifrecht

[Rechtsprechungsübersicht zum Tarifrecht](#)

4. Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlisperger kommentiert wöchentlich die Beamtenrechtsreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge. **Die neuesten Themen:**

[Kopftuchverbot für islamische Lehrerinnen ist verfassungswidrig](#)

[Heimatplan Bayern für Beamte: Minister Söder erfüllt sein Versprechen](#)

[Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz übernehmen Tarifabschluss für Beamte](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).

5. Archiv des HBR-Newsletters

Alle bisherigen Ausgaben unseres kostenlosen HBR-Newsletters finden Sie [hier](#).

Sie möchten unseren Newsletter weiterempfehlen?

Hier kann man sich für ihn anmelden: Einfach auf <http://www.rehmnetz.de/beamtenrecht/die-dienstrechtsreform/> gehen und im Kasten „Newsletter HBR“ auf „Anmelden“ klicken.

Wenn Sie im Rehmnetz unter „**Login**“ ein eigenes Konto als Nutzer/in anlegen, finden Sie unter „**Mein Rehmnetz**“ die Rubrik „**Newsletter**“ mit einer Liste aller Infodienste, die Sie abonnieren können. Dieser Service und die Registrierung sind selbstverständlich **kostenlos** für Sie!

Impressum:

R.v.Decker, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München & Heidelberg,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: claudia.luz@hjr-verlag.de
Tel. 0 62 21/489-146, Fax 0 62 21/489-17146

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollten ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2015, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg